

**Glauben
bekennen**

**Gesellschaft
gestalten**



Erzbistum Berlin

Arbeitshilfe für Pfarrgemeinderäte

Herausgegeben vom Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Berlin

Juli 2007

David Riebschläger, Frank-Thomas Nitz

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	3
1. Das geschichtliche Werden des Pfarrgemeinderates	4
2. Der Pfarrgemeinderat und seine Bedeutung in der Gemeinde	7
2.1. Das Selbstverständnis des Pfarrgemeinderates	7
2.2. Die spezifische Rolle des Pfarrgemeinderates in der Gemeinde	8
2.2.1. Der Pfarrgemeinderat und die Pfarrversammlung	8
2.2.2. Der Pfarrgemeinderat und der Kirchenvorstand	8
2.2.3. Der Pfarrgemeinderat und der Pfarrer	9
2.2.4. Der Pfarrgemeinderat und die Mitarbeiterrunde der Gemeinde	9
2.3. Aufgaben des Pfarrgemeinderates	10
3. Die Satzung der Pfarrgemeinderäte im Erzbistum Berlin	11
4. Kleines PGR-Lexikon	16
5. Ansprechpartner für Pfarrgemeinderäte	21
5.1. Der Diözesanrat	21
5.2. Das Seelsorgeamt	21
5.3. Die Gemeindeberatung	21
5.4. Fortbildungsmöglichkeiten	22
5.5. BDKJ / EAJ	23
5.6. Ökumenischer Rat Berlin-Brandenburg (ÖRBB) und Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Mecklenburg-Vorpommern	23
Anhang	
Arbeitsblatt „10 Fragen zur Gemeindesituation“	24

Vorwort

Einladung zum Mitgestalten

In den Gemeinden unseres Erzbistums finden am 17./18. November 2007 Wahlen für die Kirchenvorstände und Pfarrgemeinderäte statt. Mit dieser Arbeitshilfe möchte der Diözesanrat Sie über die Aufgaben des Pfarrgemeinderates (PGR) informieren und Orientierung bieten.

Die Zeit der vergangenen Amtsperiode war in unserem Erzbistum geprägt durch grundlegende und weit reichende Umstrukturierungen in Umsetzung der beiden Sanierungspläne. Es ist eine große Leistung vollbracht worden auf dem Weg zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit des Erzbistums Berlin. Das ging nicht ohne schmerzliche Einschnitte von statten, und manche Gemeinden blicken mit Trauer und mitunter auch zornig auf die vergangene Zeit zurück. Gleichwohl können wir nicht einfach bei der Frage der neuen oder noch zu verändernden Strukturen stehen bleiben, sondern müssen unseren Blick auf das richten, was unser Auftrag als Kirche ist: Den Menschen die frohe und befreiende Botschaft Jesu Christi in Wort und Tat nahe zu bringen. Nicht nur für uns sind wir Kirche, sondern für alle Menschen. Aus der Kraft des Glaubens heraus ist es unsere Aufgabe die Gesellschaft nach den Maximen des Evangeliums zu gestalten. Das Leitwort der Wahlen greift diesen Gedanken auf:

Glauben bekennen – Gesellschaft gestalten

Große Aufgaben – schnell sind wir versucht zu denken, „dass ist zu viel für mich, das geht über meine Kräfte, warum immer ich? Sollen es doch andere tun, die es besser können...“. Verständliche Gedanken, aber wie uns das Gleichnis von den Talenten sagt, soll jeder sich nach seinen Fähigkeiten einbringen. Wir dürfen dabei darauf vertrauen, dass da, wo wir nicht weiterkommen, Gott die Kraft zum Handeln gibt. Wir sind herausgefordert, unseren Glauben zu verkünden – gelegen oder ungelegen - und Rechenschaft von unserer Hoffnung zu geben.

Vermutlich liegen noch viele Veränderungen vor uns. Veränderungen bieten aber auch immer Möglichkeiten zur Mitgestaltung. Wo in Ihrer Gemeinde die konkreten Aufgaben liegen, muss vor Ort erkannt werden und – im ständigen Dialog mit der Gemeinde – von den einzelnen Pfarrgemeinderatsmitgliedern in den PGR eingebracht werden. Der PGR, und somit die Gemeinde, lebt davon, dass jeder Einzelne sieht, was zu tun ist, dies mit anderen abspricht und bei der Verwirklichung mithilft.

Die Satzung der Pfarrgemeinderäte gibt hier einen Überblick über die Mitwirkungsmöglichkeiten des PGR. Die im § 3 und § 5 aufgezählten Aufgaben sind so vielfältig, dass keine Gemeinde allen Aufgaben nachkommen kann. Auch Ihre Gemeinde wird sich hier Schwerpunkte setzen müssen. Besonders möchten wir darauf hinweisen, dass gemäß der Satzung dem PGR nicht nur Aufgaben in der Gemeinde zukommen, sondern auch im überpfarrlichen, ökumenischen und kommunalen Bereich.

David Riebschläger
Vorsitzender des Sachausschusses
„Pastorale Entwicklung“

Hans-Joachim Ditz
Geschäftsführer des Diözesanrats

1. Das geschichtliche Werden des Pfarrgemeinderates

Der Pfarrgemeinderat ruht auf zwei geschichtlichen Traditionen. Die eine Grundlage ist das Laienapostolat, das eigenständige Handeln der Laien aus dem Glauben heraus. Die andere Tradition ruht auf der grundlegenden Feststellung des II. Vatikanischen Konzils, dass die Kirche aus einem Volk mündiger Menschen besteht.

Laienapostolat

Eine katholische Laienbewegung hat sich bereits Mitte des 19. Jahrhunderts herausgebildet. Der Katholikentag und so mancher in dieser Zeit entstandene katholische Verband geben heute noch Zeugnis von dieser ersten katholischen Laienbewegung.

Zuerst diente diese vor allem dem sozialen Beistand mit den Schwachen der Gesellschaft, aber auch der politischen Vertretung der Katholiken in einem protestantischen Umfeld. Es ist zunächst kein Handeln in oder von der Kirche, sondern Privatinitiative aus dem Glauben heraus.

Mit der Zeit bilden sich bei so mancher Gemeinde aber auch Gruppen von Menschen, die sich verstärkt um die Organisation von Aktionen und Gemeindeleben bemühen. Diese z. B. Pfarrausschüsse genannten Gruppen kümmern sich ganz nach den jeweiligen Bedingungen in der Gemeinde um die verschiedensten Dinge, sei es die Organisation des Patronatsfestes, die Reparatur des Kirchendaches oder das Schmücken der Fronleichnamstäre. Diese Gruppen haben jedoch keine kirchenrechtliche Legitimation und Aufgabe. Sie bilden sich durch die Initiative der einzelnen Mitglieder und sind in ihrer Wirkung immer vom Wohlwollen der Gemeindeleitung abhängig.

Das II. Vatikanische Konzil

Papst Johannes XXIII beruft für 1962 das II. Vatikanische Konzil ein. Die Kirche soll den Herausforderungen der Zeit gewachsen sein, jedoch nicht durch eine Modernisierung, sondern durch einen Rückgriff auf die wesentlichen Wahrheiten und Traditionen und die Bibel.

Gemäß diesem Anliegen stellt das II. Vatikanische Konzil die gemeinsame Verantwortung des gesamten Volkes Gottes heraus. Um dieser gemeinsamen Verantwortung gerecht zu werden, sollen in der Kirche synodale Beratungsgremien geschaffen werden.

Im Dekret über das Laienapostolat „*Apostolicam actuositatem*“ heißt es:

„In den Diözesen sollen nach Möglichkeit beratende Gremien eingerichtet werden, die die apostolische Tätigkeit der Kirche im Bereich der Evangelisierung und Heiligung, im caritativen und sozialen Bereich und in anderen Bereichen bei entsprechender Zusammenarbeit von Klerikern und Ordensleuten mit den Laien unterstützen. Unbeschadet des je eigenen Charakters und der Autonomie der verschiedenen Vereinigungen und Werke der Laien werden diese Beratungskörper deren gegenseitiger Koordinierung dienen können. Solche Gremien sollten, soweit wie möglich, auch auf pfarrlicher, zwischenpfarrlicher und interdiözesaner Ebene, aber auch im nationalen und internationalen Bereich geschaffen werden.“¹

Das Laienapostolat wird vom Konzil in der dogmatischen Konstitution über die Kirche „*Lumen gentium*“ ausdrücklich als explizit kirchliches Handeln legitimiert:

„Das Apostolat der Laien ist Teilnahme an der Heilssendung der Kirche selbst. Zu diesem Apostolat werden alle vom Herrn selbst durch Taufe und Firmung bestellt.“²

¹ Vaticanum II, *Apostolicam actuositatem* Nr. 26

² Vaticanum II, *Lumen gentium* Nr. 33

Würzburger Synode und Dresdener Pastoralynode

Um die Ergebnisse des II. Vatikanischen Konzils vor Ort umzusetzen, werden in Deutschland in Würzburg und Dresden Synoden abgehalten.

Die Dresdener Synode formuliert: *„Die Mitverantwortung aller Gläubigen wird heute vor allem in den Pastoralen Räten wirksam, die an der Leitung der Kirche ... teilnehmen.“*³

Es wird beschlossen, dass in allen deutschen Bistümern Pastoralräte gemäß dem Konzilsdekret über das Apostolat der Laien (Nr. 26) eingerichtet werden sollen.

Auch soll das Gremium die Aufgabe haben, das Laienapostolat zu koordinieren.

Um nun auch dem Wirken der Laien in Kirche und Welt einen Platz zu geben, von wo aus es koordiniert werden und in die Welt wirken kann, erhält der Pfarrgemeinderat, der in allen deutschen Bistümern eingeführt wird (zum Teil mit anderem Namen), über die Beratung des Pfarrers hinaus die Aufgabe, als Beschlussgremium für das Laienapostolat zu fungieren.

Bischof Dr. Walter Kaspar führt 1994 vor der Deutschen Bischofskonferenz aus: *„Die Betonung der gemeinsamen Verantwortung aller führte nach dem Konzil zur Wiederbelebung synodaler Strukturen bzw. repräsentativer Gremien der gemeinsamen Verantwortung. Sie sind kein Tribut an den demokratischen Zeitgeist ... Sie ergeben sich aus der ureigenen Communio-Wirklichkeit der Kirche selbst“*⁴

Der Pfarrgemeinderat in Deutschland ist nicht nur der vom Konzil geforderte Pastoralrat der Pfarrgemeinde, sondern auch Gremium des Laienapostolats. Hier nimmt er die Tradition auf, dass sich in den Gemeinden Verbände und „Pfarrausschüsse“ der Organisation des Gemeindelebens annahmen.

Durch die Lösung der Synode, ein Gremium mit doppelter Aufgabe ins Leben zu rufen, wird ein Ort geschaffen, an dem alle Fragen der Gemeinde beraten werden können, wird vermieden, dass sich verschiedene Gremien über ihre Zuständigkeiten streiten können. Alles in der Gemeinde kann und soll im Pfarrgemeinderat beraten werden. Die Zuständigkeit des Kirchenvorstandes, über die Gemeindefinanzen verbindlich zu entscheiden, bleibt davon unberührt.

Der Pfarrgemeinderat im Erzbistum Berlin

*„Aus einer Gemeinde, die sich pastoral versorgen lässt, muss eine Gemeinde werden, die ihr Leben im gemeinsamen Dienst aller und in unübertragbarer Eigenverantwortung jedes einzelnen gestaltet.“*⁵

Jedes Gemeindemitglied ist aufgerufen, seine Gemeinde mitzugestalten.

Dafür entsteht der Pfarrgemeinderat im Bistum Berlin zunächst mit einer eigenen Satzung für den Ostteil und den Westteil des Bistums. Im Westen finden die ersten Wahlen 1968, im Ostteil des Bistums 1970 statt.

Zur Wahl im November 2003 wurde die Satzung für das Erzbistum Berlin überarbeitet. Diese wurde am 16. November 2002 von der Vollversammlung des Diözesanrates des Erzbistums Berlin beschlossen und am 14. März 2003 von Erzbischof Kardinal Sterzinsky mit Wirkung vom 1. Mai 2003 in Kraft gesetzt.

³ Pastoralynode der Jurisdiktionsbezirke in der DDR, Beschluss Dienste und Ordnungen im Leben der Gemeinde Nr. 60

⁴ Der Leitungsdienst in der Gemeinde, hrsg. vom Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz 1994 (Arbeitshilfen 118)

⁵ Gemeinsame Synode der Bistümer in der BRD, Beschluss Dienste und Ämter 1.3.2.

Die Einsetzung durch den Erzbischof macht den Pfarrgemeinderat zu einem Teil der verfassten Kirche. Daher ist er nicht vom Pfarrer abhängig oder gar dem Pfarrer Rechenschaft schuldig, sondern nimmt gemäß dem von der Satzung bestimmten Rahmen an der Leitung der Gemeinde teil.

Der Gemeinderat der Ausländermissionen im Erzbistum Berlin

In enger Anlehnung an die PGR-Satzung der Territorialgemeinden wurde 1996 in Abstimmung mit der Konferenz der Ausländerseelsorger eine eigene Satzung der Gemeinderäte der Ausländermissionen im Erzbistum Berlin erarbeitet und am 9. Januar 1997 vom Erzbischof in Kraft gesetzt. Anliegen war es, dass die fremdsprachigen Gemeinden eigene Gemeinderäte nach der Struktur der deutschen Pfarrgemeinderäte bilden können.

Verankert ist in der Satzung der Gemeinderäte der Ausländermissionen das Doppelwahlrecht für katholische Gläubige anderer Muttersprache. Sie können sowohl in ihrer Ausländermission als auch in der für sie zuständigen deutschen Territorialgemeinde an der PGR-Wahl teilnehmen.

Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich sagen, der Pfarrgemeinderat ist das vom Kirchenrecht vorgesehene zentrale Beratungs- und Beschlussgremium der Pfarrei. Seine Aufgabe ist es, alle Fragen des Gemeindelebens gemeinsam zu beraten und zusammen mit dem Pfarrer umzusetzen.

Auch heute lebt die Kirche vom Mitreden, Miteinander und vom Mitleben aller Gemeindemitglieder. Der Pfarrgemeinderat ist der Ort, die Dinge zu besprechen und zu beschließen. Angesichts der Herausforderung, die sich durch zukünftige pastorale Aufgaben den Gemeinden stellt, gewinnt gemeinsames Beraten und Verantwortung an Bedeutung. Der Pfarrgemeinderat hat einen Anteil an der Gesamtverantwortung für die Gemeinde, der genutzt werden sollte.

2. Der Pfarrgemeinderat und seine Bedeutung in der Gemeinde

2.1. Das Selbstverständnis des Pfarrgemeinderates

Der Pfarrgemeinderat hat eine Doppelfunktion: Er ist einerseits der vom Erzbischof eingesetzte **Pastoralrat der Gemeinde** und andererseits das vom Erzbischof anerkannte **Organ zur Koordinierung des Laienapostolates**⁶. Als Pastoralrat berät und unterstützt der Pfarrgemeinderat den Pfarrer; als Organ des Laienapostolats kann der Pfarrgemeinderat in eigener Verantwortung tätig werden und Beschlüsse fassen.

Diese Verknüpfung von laienapostolischer Tradition und beratender Tätigkeit ist spezifisch für den deutschsprachigen Raum. Dem Pfarrgemeinderat ist es sowohl aufgetragen, eigenständig das Evangelium in die Welt zu tragen („Weltdienst“), als auch die Priester bei der „Heilssorge“ (Sorge um die Sakramente) und bei der Seelsorge im Allgemeinen zu unterstützen. In der Satzung der Pfarrgemeinderäte heißt es ausdrücklich: „Der Pfarrgemeinderat dient dem Aufbau einer lebendigen Gemeinde und der Verwirklichung des Heils- und Weltauftrags der Kirche“ (§ 2). Die Anstrengungen der Gemeinde zur **Mitwirkung am Heils- und Weltdienst der Kirche** werden gewissermaßen im Pfarrgemeinderat kanalisiert und gebündelt. Seine Mitglieder machen die Mitverantwortung aller Glaubenden für den Gemeindeaufbau konkret sichtbar. Im Pfarrgemeinderat wird der Gedanke vom gemeinsamen Priestertum aller Gläubigen institutionalisiert.

Er ist auch der Ort in der Pfarrgemeinde, an dem der **Volk-Gottes-Gedanke** und das Ideal der Communion in besonderer Weise zum Ausdruck kommen. Das geschwisterliche Miteinander seiner Mitglieder soll beispielhaft für andere Gruppen und Gremien in der Gemeinde sein. Der Pfarrgemeinderat gestaltet das Gemeindeleben tatkräftig mit, trägt seinen Teil dazu bei, das Gesicht der Pfarrei zu prägen, und ist deshalb mitverantwortlich dafür, dass die Kirche vor Ort glaubwürdig ist.

Die Pfarrgemeinde überträgt den Mitgliedern des Pfarrgemeinderates durch eine demokratische Wahl das Mandat, Verantwortung für das Ganze der Pfarrgemeinde zu übernehmen. Sie sind nicht Vertreterinnen und Vertreter einzelner Interessensgruppen, sondern haben ein **Mandat der gesamten Gemeinde**. Gemeinsam mit dem Pfarrer und den Seelsorgern beraten sie die pastoralen Fragen, führen die vielfältigen Dienste der Einzelnen wie auch der Gruppen zusammen, entdecken, fördern und vernetzen die verschiedenen Charismen und fragen nach den Herausforderungen und Aufgaben für die Gemeinde in der Gesellschaft. Als legitimes öffentliches Organ der Pfarrgemeinde gehen die Aufgaben, Funktionen und Kompetenzen des Pfarrgemeinderates über die einer Initiative, eines Vereins, einer Arbeitsgruppe oder eines Verbandes hinaus.

Da die konkrete Gemeinde jedoch von aktiven, kleinen, überschaubaren Gruppen lebt, weiß sich der Pfarrgemeinderat dem **Subsidiaritätsprinzip** verpflichtet: All das, was Einzelne bzw. Gruppen zu tun imstande sind, muss der Pfarrgemeinderat nicht selbst erledigen. Vielmehr begleitet er aufmerksam und hilfsbereit ihr Wirken, koordiniert die unterschiedlichen Aktivitäten und trägt Verantwortung dafür, dass Räume und Einrichtungen für die verschiedenen Gruppen und Dienste in der Pfarrei zur Verfügung stehen.

⁶ Zum Gedanken des Laienapostolats und seiner Entwicklung s. Abschnitt 1, S. 4

2.2. Die spezifische Rolle des Pfarrgemeinderates in der Gemeinde

2.2.1. Der Pfarrgemeinderat und die Pfarrversammlung

Der Pfarrgemeinderat (PGR) ist der gesamten Pfarrgemeinde gegenüber verpflichtet. Er steht in ihrem Dienst. Mindestens zwei Drittel der Mitglieder des PGR sind von der Gemeinde gewählte Mitglieder. Sie sind im Auftrag der Gemeinde tätig. Deshalb muss es eine regelmäßige Rückkopplung zwischen PGR und Gemeinde geben. Eine Möglichkeit ist die mindestens einmal jährlich stattfindende Pfarrversammlung (s. § 15 PGR-Satzung). Hier soll der PGR Rechenschaft über seine Arbeit ablegen und umgekehrt Anregungen und Vorschläge aus der Pfarrgemeinde aufnehmen.

Der Termin für die Pfarrversammlung ist so zu wählen, dass möglichst viele Gemeindemitglieder daran teilnehmen können. Zum Beispiel kann man sich dazu an einem Sonntag nach dem Hauptgottesdienst im Gemeindesaal treffen. Rechtzeitig sollte in den Sonntagsgottesdiensten und am schwarzen Brett oder im Schaukasten auf den Termin der Pfarrversammlung hingewiesen werden. Sinnvoll ist es, bei der Pfarrversammlung auch die Vorsitzenden der Sachausschüsse oder die Sachbearbeiter/innen des Pfarrgemeinderates (vgl. § 13 PGR-Satzung) zu Wort kommen zu lassen. Vor allem aber sollte eine Atmosphäre geschaffen werden, in der sich die Eingeladenen als mündige Christinnen/Christen ernst genommen fühlen, in der Probleme und offene Fragen (auch in kleinen Gruppen) besprochen werden können und jede/r Gelegenheit findet, seine Erfahrungen einzubringen.

Für die Transparenz der Arbeit des PGR in der Gemeinde ist es sinnvoll, die Sitzungstermine des PGR und die Tagesordnungspunkte der nächsten Sitzung vorher in der Gemeinde bekannt zu geben. So können interessierte Gemeindemitglieder an der Sitzung teilnehmen bzw. ihre Meinung und ihre Vorschläge vorher an die PGR-Mitglieder herantragen.

2.2.2. Der Pfarrgemeinderat und der Kirchenvorstand

Der Kirchenvorstand ist für die Vermögensverwaltung und für die rechtliche Außenvertretung der Gemeinde zuständig. Er hat den wirtschaftlichen Rahmen zu verantworten und sicherzustellen, damit die Pfarrgemeinde ihren Auftrag erfüllen kann. Dies betrifft beispielsweise Fragen des Personals, der Bautätigkeit, der Unterhaltung von Gebäuden oder auch finanzielle Entscheidungen. Da jedoch die Entscheidung über Geld, Personal oder Bautätigkeit wesentlich von Entscheidungen über pastorale Schwerpunktsetzungen abhängig ist, sind PGR und Kirchenvorstand aufeinander angewiesen. Um einen guten Informationsfluss zu gewährleisten, gehört ein Vertreter des Kirchenvorstandes dem PGR an (s. § 6 Nr. 1f PGR-Satzung) und ist ein Mitglied des Vorstandes des Pfarrgemeinderates Mitglied im Kirchenvorstand (s. § 3 Abs. 1 Nr. 4 KiVVG). Diese Personen sind wichtige Informationsträger in der Zusammenarbeit von Kirchenvorstand und PGR.

Die Verwiesenheit beider Gremien aufeinander ist in den einzelnen Bestimmungen wie folgt geregelt: Beschlüsse des Pfarrgemeinderates, die finanzielle Auswirkungen für die Pfarrei mit sich bringen, sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Kirchenvorstandes wirksam (s. § 18 Nr. 1 PGR-Satzung). Andererseits muss der Kirchenvorstand vor allen wichtigen Entscheidungen den Pfarrgemeinderat hören und seine Stellungnahme einholen (§ 18 Nr. 2 PGR-Satzung und § 16 KiVVG).

Es ist sinnvoll, wenn die beiden Gremien einmal im Jahr zusammen aktuelle Fragen beraten. Der jeweilige Akzent für die nächste Zeit kann so gemeinsam getragen werden. Auch auf der jährlichen Pfarrversammlung können PGR und Kirchenvorstand sich abstimmen. Hier geht es um das Zusammenspiel des pastoralen und wirtschaftlichen Handelns der Gemeinde in Diakonie, Verkündigung und Liturgie. So arbeiten beide Gremien im Auftrag und am Auftrag der „Sache Jesu“. Ist ihnen das bewusst, ergibt sich ganz selbstverständlich ein enges und die Gemeinde förderndes Miteinander.

2.2.3. Der Pfarrgemeinderat und der Pfarrer

Der Pfarrer ist Mitglied des Pfarrgemeinderates, steht ihm nicht gegenüber, hat als Leiter der Gemeinde aber natürlich eine herausragende Stellung in diesem Gremium. Besonders in den Bereichen, in denen der Pfarrer als Gemeindeleiter und Seelsorger eine besondere Verantwortung trägt, hat der PGR den Pfarrer zu beraten und zu unterstützen. Die Satzung nennt in diesem Zusammenhang als Stichworte die Einheit der Gemeinde und die Einheit mit dem Erzbischof und der Weltkirche, die rechte Verkündigung der Heilsbotschaft, die Feier der Liturgie und der Sakramente sowie die Bemühungen um die Einheit der Christen und die Zusammenarbeit mit den christlichen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften. Umgekehrt ist der Pfarrer verpflichtet, sich in diesen Bereichen vom PGR beraten zu lassen.

Beratung heißt hier, wie in jedem demokratischen Gremium üblich, miteinander Rat zu halten, gut abzuwägen und zu einer Meinungsbildung zu gelangen. Die Vorstellung, dass dem Pfarrer lediglich ein unverbindlicher Rat gegeben werde, den er nach Belieben annehmen oder ablehnen kann, entspricht nicht dem Geist der Regelung und der heutigen Praxis. Angesichts der Herausforderungen, die sich durch zukünftige pastorale Aufgaben den Gemeinden stellen werden, gewinnt gemeinsames Beraten und Verantworten an Bedeutung. Daher haben Pfarrgemeinderäte schon jetzt Anteil an der Gesamtverantwortung der Gemeinde. Der Pfarrer wird damit nicht zum „Befehlsempfänger“ des Pfarrgemeinderates. Ihm ist durch seine besondere Beauftragung seitens des Erzbischofs eine eigene pastorale Verantwortung gegeben, die er aber nur in Kooperation mit den Gremien der Gemeinde sinnvoll wahrnehmen kann. Unter bestimmten Umständen kann es dazu kommen, dass der Pfarrer die Zustimmung zu einem beabsichtigten Beschluss des Pfarrgemeinderates mit Hinweis auf seine Verantwortung begründet ablehnt und damit eine Beschlussfassung in der aktuellen Sitzung verhindert (s. § 12 Nr. 4 PGR-Satzung). Diese Frage kann dann in angemessener Frist erneut vom PGR beraten werden. Kommt eine Einigung nicht zustande, kann der Erzbischof angerufen werden.

Die Zusammenarbeit zwischen Pfarrer und PGR sowie deren gemeinsame Verantwortlichkeit kann sich von Gemeinde zu Gemeinde der Form nach unterscheiden. In jedem Fall aber ist das Verhältnis genau zu definieren. Wenn die seelsorgliche Arbeit des Pfarrers und die des Pfarrgemeinderates nicht koordiniert werden, wird sich dies nachteilig auswirken. Die PGR-Sitzung sollte daher das Forum für alle wesentlichen Grundüberlegungen der Pastoral sein.

2.2.4. Der Pfarrgemeinderat und die Mitarbeiterrunde der Gemeinde

Zur Mitarbeiterrunde gehören in der Regel die hauptamtlichen Mitarbeiter/innen der Gemeinde. Einige der Mitglieder der Mitarbeiterrunde sind auch Mitglieder des Pfarrgemeinderates, so etwa der Pfarrer und ggf. andere in der Gemeinde tätige Priester und Diakone sowie die Gemeindereferentin oder der Gemeindereferent bzw. die Pfarrsekretärin oder der Pfarrsekretär. Verantwortlicher Leiter der Mitarbeiterrunde ist der Pfarrer. Aufgabe der Mitarbeiterrunde ist die Koordination der hauptamtlichen Tätigkeit in der Gemeinde. Die Mitarbeiterrunde hat dabei Beschlüsse des Pfarrgemeinderates zu beachten und umzusetzen, etwa von diesem entwickelte Leitlinien für die Pastoral in der Pfarrgemeinde.

Das Zusammenwirken von ehrenamtlichen Pfarrgemeinderats-Mitgliedern und hauptamtlichen Mitarbeiter/innen der Gemeinde kann oft sehr spannend sein, ist manchmal aber auch recht spannungsreich. Dennoch ist klar: Sie sind aufeinander angewiesen. Effektive und konstruktive Zusammenarbeit erfordert gegenseitige Akzeptanz und ausreichendes Selbstbewusstsein auf beiden Seiten. Alle in der Gemeinde Engagierten sollten sich immer wieder bewusst machen, dass die Kirche ihren Auftrag nur dann erfüllen kann, wenn jede/r Einzelne bereit ist, immer wieder auf die anderen zu hören und ihre/seine je eigenen Charismen in das Ganze einzubringen. Nur dann ist Aufbau einer lebendigen Gemeinde möglich.

2.3. Aufgaben des Pfarrgemeinderates

Die grundsätzlichen Aufgaben des Pfarrgemeinderates sind in der Satzung der Pfarrgemeinderäte unter § 5 nachzulesen. Jede Gemeinde ist jedoch anders, und deshalb muss jeder Pfarrgemeinderat andere Schwerpunkte für seine Tätigkeit setzen. Wichtig ist es daher, zunächst die **Gemeindesituation** zu **analysieren**⁷. Zu Beginn der Arbeit im neuen Pfarrgemeinderat lohnt es sich, intensiver über die Aufgabe der Pfarrgemeinde im Lebensraum der Menschen nachzudenken und sich über das katechetische, liturgische und diakonische Handeln der Gemeinde zu verständigen. Zugleich sollten die Mitglieder des neuen Pfarrgemeinderates die Arbeit des „alten“ Pfarrgemeinderates in der vorangegangenen Amtsperiode in den Blick nehmen, denn kein neu gewähltes Gremium fängt bei „Null“ an. Eine **Reflexion der bisherigen Pfarrgemeinderatstätigkeit** kann dazu dienen, Erfahrungen des „alten“ Gremiums zu nutzen, sich für neue Aufgaben inspirieren zu lassen und aus Fehlern zu lernen.

Auf der Basis der Gemeindeanalyse und der Auswertung der bisherigen Pfarrgemeinderatstätigkeit gilt es nun **gemeinsame Ziele zu entwickeln und zu formulieren**. Klare Ziele fördern ein langfristiges Arbeiten. Sie bewahren vor einem kurzatmigen Aktivismus, der nur danach geht, welche „momentanen Notstände“ gerade zu beheben sind. Gemeinsame Ziele wirken Identität stiftend: Wenn die Ziele miteinander ausgehandelt werden und allen wichtig und klar sind, können sich alle beteiligen. Konkrete Ziele ermöglichen Erfolgskontrolle: Wenn klar ist, was in welchem Zeitraum erreicht werden soll, ist es auch möglich, die Umsetzung dieser Ziele zu kontrollieren. Klare gemeinsame Ziele sind eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass die vorhandenen personellen Kräfte und finanziellen Mittel sowie Phantasie und Kreativität wirklich zielgerichtet eingesetzt werden.

Nach der Formulierung von Zielen geht es darum, diese Ziele in eine Rangfolge zu bringen. Innerhalb der Arbeit müssen Schwerpunkte gesetzt werden. Der Pfarrgemeinderat soll sich auf das in der Pfarrgemeinde personell Mögliche und in der Sache Notwendige konzentrieren. Hierfür müssen Kriterien gefunden werden. Darüber hinaus muss sich das Gremium bei einer Prioritätendiskussion darüber verständigen, welche Projekte, Ideen und Vorhaben bewusst „an die Seite“ gelegt werden. Diese Entscheidung ist notwendig, um zu vermeiden, dass bestimmte Themen im Laufe der Arbeit immer wieder auftauchen, ein schlechtes Gewissen machen und Energie kosten. Und außerdem: Wenn alles undifferenziert nebeneinander stehen bleibt, kann dies demotivierend wirken und die Gruppe lähmen, überhaupt etwas zu tun. Oft ist die Arbeit darum so unfruchtbar, weil zu viele Dinge gleichzeitig angegangen werden. Verzettlung führt in der Regel nicht zu Erfolgserlebnissen; und wo diese ausbleiben, wird das Tun zur Qual. **Prioritäten setzen** bedeutet: eine bewusste Entscheidung für die eine und gegen die andere Sache treffen!

Natürlich muss der Pfarrgemeinderat auch **nicht alles selbst machen**. Seine Aufgabe als „Leitungsgremium“ besteht darin, dafür zu sorgen, dass das entsprechend formulierte Ziel umgesetzt werden kann. Das bedeutet: Initiativen wecken, notwendige Rahmenbedingungen schaffen, konkrete Aufgaben verteilen, Zuständigkeiten festschreiben, Mitarbeiter/innen werben und begleiten. Viele Gruppen sind bereits in der Gemeinde aktiv. Der Pfarrgemeinderat tut gut daran, deren Tätigkeit bei seiner Arbeitsplanung zu berücksichtigen, sie zu fördern und zu koordinieren. Strukturell können Sachausschüsse für den Pfarrgemeinderat eine Hilfe sein. In diese können auch Gemeindemitglieder berufen werden, die nicht dem Pfarrgemeinderat angehören. Zusätzlich können auch in ähnlicher Zusammensetzung – für begrenzte Zeit – Projektgruppen ins Leben gerufen werden.

⁷ s. Arbeitsblatt „10 Fragen zur Gemeindesituation“ (aus Arbeitshilfe für PGR/KV Osnabrück, S. 29)

3. Die Satzung der Pfarrgemeinderäte im Erzbistum Berlin

I. Der Pfarrgemeinderat

§ 1

Der Pfarrgemeinderat ist in sinngemäßer Anwendung des Dekrets über die Hirtenaufgabe der Bischöfe (Nr. 27) der vom Erzbischof eingesetzte Pastoralrat der Gemeinde und das vom Erzbischof anerkannte Organ im Sinne des Konzildekrets über das Apostolat der Laien (Nr. 26) zur Koordinierung des Laienapostolats in der Pfarrgemeinde und zur Förderung der apostolischen Tätigkeit der Gemeinde. Deshalb wird er in der Gemeinde als Pastoralrat und als Organ des Laienapostolats tätig.

II. Zuständigkeiten und Aufgaben

§ 2

Der Pfarrgemeinderat dient dem Aufbau einer lebendigen Gemeinde und der Verwirklichung des Heils- und Weltauftrags der Kirche.

Aufgabe des Pfarrgemeinderats ist es, in allen Fragen, die die Pfarrgemeinde betreffen, je nach Sachbereichen beratend oder beschließend mitzuwirken.

Jedes Gemeindemitglied hat das Recht, sich an den Pfarrgemeinderat zu wenden.

§ 3

Als Pastoralrat hat der Pfarrgemeinderat den Pfarrer zu beraten und zu unterstützen.

Dies gilt besonders in den Bereichen, in denen der Pfarrer als der vom Erzbischof entsandte Seelsorger und Leiter der Gemeinde besondere Verantwortung trägt:

- für die Einheit der Gemeinde sowie die Einheit mit dem Erzbischof und damit mit der Weltkirche;
- für die rechte Verkündigung der Heilsbotschaft;
- für die Feier der Liturgie und der Sakramente;
- für die Bemühungen um die Einheit der Christen und die Zusammenarbeit mit den christlichen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften.

In diesen Bereichen ist der Pfarrgemeinderat vom Pfarrer zur Beratung hinzuzuziehen.

§ 4

Als Organ des Laienapostolats hat der Pfarrgemeinderat, unbeschadet der Eigenständigkeit der Gruppen und Verbände in der Gemeinde, in eigener Verantwortung tätig zu werden und zu beschließen.

§ 5

Die Aufgaben des Pfarrgemeinderates, für deren Durchführung er sich Schwerpunkte setzen soll, die sich an der konkreten Situation der Gemeinde orientieren, sind vor allem:

1. In der Pfarrgemeinde

- a) das Bewusstsein für die Mitverantwortung in der Gemeinde wecken und aktivieren,
- b) Gemeindemitglieder für Dienste der Glaubensunterweisung gewinnen und fördern,
- c) Anregungen und Vorschläge für die Gestaltung der Gottesdienste und die lebendige Teilnahme der ganzen Gemeinde einbringen,
- d) den Dienst im karitativen und sozialen Bereich fördern,
- e) die besondere Lebenssituation der verschiedenen Gruppen in der Pfarrgemeinde sehen, ihr in der Gemeindegarbeit gerecht werden und die Möglichkeit seelsorgerischer Hilfe suchen,

- f) Verantwortung für christliche Erziehung in Familie, Schule, Gemeinde und ihren Einrichtungen wach halten,
- g) ökumenische Zusammenarbeit suchen und fördern und sich um ein gemeinsames Glaubenszeugnis in der Gesellschaft bemühen,
- h) Kontakte mit Menschen anderen Glaubens suchen,
- i) katholische Organisationen, Einrichtungen und freie Initiativen in der Gemeinde unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit fördern und im Dialog mit ihnen und anderen Gruppen der Gemeinde Aufgaben und Dienste aufeinander abstimmen,
- k) Kontakte zu denen suchen, die dem Gemeindeleben fern stehen,
- l) die Gemeinde regelmäßig über die Arbeit in der Pfarrei und ihre Probleme informieren,
- m) vor Besetzung der Pfarrstelle den Erzbischof über die besonderen Bedürfnisse der Gemeinde unterrichten und mit dem Leiter des zuständigen Dezernats im Erzbischöflichen Ordinariat ein Gespräch führen.

2. Im überpfarrlichen Bereich

- a) Vertreterinnen und Vertreter der Pfarrgemeinde in überpfarrliche Gremien entsenden,
- b) das Bewusstsein der Gemeinde für die Einheit des Erzbistums und die Sorge für die Gemeinde in der Diaspora fördern und wach halten,
- c) die Verantwortung der Gemeinde für Mission wach halten,
- d) die Verantwortung der Gemeinde für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung wecken und fördern.

3. Im kommunalen Bereich

- a) Anliegen der Katholiken der Pfarrgemeinde in der Öffentlichkeit vertreten,
- b) Entwicklungen und Probleme des Alltags der politischen Gemeinde beobachten, überdenken und sachgerechte Vorschläge den kommunalpolitisch Verantwortlichen unterbreiten.

III. Zusammensetzung und Amtszeit

§ 6

1. Dem Pfarrgemeinderat gehören an:

- a) Der Pfarrer, als Leiter der Gemeinde,
- b) bis zu 16 in unmittelbarer und geheimer Wahl von der Pfarrgemeinde gewählte Mitglieder - Näheres regelt die Wahlordnung -,
- c) als geborene Mitglieder die hauptamtlich in der Gemeinde tätigen Priester und Diakone, der/die Gemeindereferent/in^{*)},
- d) ein/e von der Pfarrjugend vorgeschlagene/r und vom Pfarrer berufene/r Vertreter/in der Pfarrjugend,
- e) bis zu zwei vom Pfarrer berufene weitere Mitglieder,
- f) je ein/e Vertreter/in des Kirchenvorstandes, der hauptamtlichen Mitarbeiter/innen und der Katechetinnen und Katecheten der Gemeinde mit beratender Stimme.

2. Die Zahl der Mitglieder nach § 6.1.b) muss mindestens zwei Drittel der stimmberechtigten Gesamtmitgliederzahl des Pfarrgemeinderates betragen.

3. Bei der ersten Pfarrgemeinderatswahl nach erfolgter Fusion von Pfarrgemeinden ist darauf zu achten, dass jede der betroffenen vormals eigenständigen Pfarrgemeinden entsprechend ihrer Größe im neuen gemeinsamen Pfarrgemeinderat vertreten ist.

^{*)} In Pfarreien, die keine/n Gemeindereferent/in haben, nimmt der/die Pfarrsekretär/in dieses Mandat wahr.

§ 7

Die Amtszeit des Pfarrgemeinderates beträgt vier Jahre und endet mit der Konstituierung eines neuen Pfarrgemeinderates.

IV. Wahlberechtigung und Wählbarkeit

§ 8

1. Wahlberechtigt sind alle Gemeindemitglieder, die seit mindestens sechs Monaten in der Gemeinde wohnen, und Berechtigte nach § 1 Nr. 4 der Wahlordnung, die
 - a) am Tage der Wahl das 14. Lebensjahr vollendet haben,
 - b) nicht nach Nr. 2 vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.
2. Nicht wahlberechtigt ist:
 - a) wer infolge Gerichtsentscheid das Wahlrecht nach dem Landeswahlgesetz nicht besitzt,
 - b) derjenige, für den zur Besorgung aller seiner Angelegenheiten ein Betreuer nicht nur durch einstweilige Anordnung bestellt ist; dies gilt auch, wenn der Aufgabenbereich des Betreuers die in § 1896 Absatz 4 und § 1905 des Bürgerlichen Gesetzbuches bezeichneten Angelegenheiten nicht erfasst.
3. Wählbar ist jede/r Wahlberechtigte, die/der am Tage der Wahl das 16. Lebensjahr vollendet hat und in der Pfarrgemeinde ihren/seinen Wohnsitz hat oder am Leben der Pfarrgemeinde aktiv teilnimmt. Näheres regelt die Wahlordnung.
4. Eine Wahl in mehrere Pfarrgemeinderäte ist unzulässig.

V. Arbeitsweise

§ 9

Bis zum Ablauf eines Monats nach der Wahl lädt der Pfarrer die Mitglieder des Pfarrgemeinderates zur konstituierenden Sitzung ein. Vor dieser Sitzung werden die Mitglieder des Pfarrgemeinderates in einem Gemeindegottesdienst durch den Pfarrer in ihr Amt eingeführt. Die konstituierende Sitzung des Pfarrgemeinderates leitet der Pfarrer bis zur Übernahme des Amtes durch die/den gewählte/n Vorsitzende/n.

§ 10

1. Den Pfarrgemeinderat leitet ein Vorstand, der aus der/dem Vorsitzenden, zwei Stellvertreterinnen/Stellvertretern und dem Pfarrer besteht. Die/der Vorsitzende und seine Stellvertreter/innen werden vom Pfarrgemeinderat in der konstituierenden Sitzung gewählt.
2. Die/Der Vorsitzende bereitet mit dem Vorstand die Sitzungen des Pfarrgemeinderates vor und lädt zu den Sitzungen ein.

§ 11

1. Die Sitzungen des Pfarrgemeinderates werden durch Beschluss des Vorstandes anberaumt. Sie finden wenigstens einmal vierteljährlich statt.
2. Eine Sitzung des Pfarrgemeinderates ist unverzüglich anzuberaumen, wenn ein Mitglied des Vorstandes oder ein Drittel der stimmberechtigten Mitglieder dies unter Angabe des Beratungsgegenstandes beantragt.
3. Der Vorstand kann die Öffentlichkeit zu einer Sitzung des Pfarrgemeinderates zulassen, wenn keine Personalangelegenheiten beraten werden, oder wenn der Pfarrgemeinderat in der vorangegangenen Sitzung nicht ausdrücklich für diesen Tag eine nichtöffentliche Beratung beschlossen hat.

4. Die Sitzungen des Vorstandes und der Sachausschüsse nach § 13 dieser Satzung sind nicht öffentlich.

5. Über die Sitzungen ist ein Schlussprotokoll anzufertigen. Diese Niederschrift gehört zu den amtlichen Akten der Pfarrgemeinde und ist im Pfarrarchiv aufzubewahren. Sie unterliegt der amtlichen Visitation.

Von der Niederschrift der Sitzungen des Pfarrgemeinderates ist je eine Ausfertigung zu veröffentlichen, den Mitgliedern zuzustellen sowie dem Dekanatsrat der Katholiken und dem Diözesanrat der Katholiken zuzuleiten.

6. Die Geschäftsführung des Pfarrgemeinderates wird vom Pfarrbüro wahrgenommen.

§ 12

1. Der Pfarrgemeinderat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Er fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder.

2. Um der Einheit und Geschwisterlichkeit in der Gemeinde wirksam zu dienen, muss der Pfarrgemeinderat bei seinen Beratungen und Beschlüssen eine größtmögliche Übereinstimmung herbeiführen.

Eine Beschlussfassung sollte auf die nächste, sofort festzulegende Sitzung vertagt werden, wenn die Gefahr besteht, dass auch nur eine Minderheit des Pfarrgemeinderates oder der Gemeinde in einer berechtigten Sorge übergangen wird.

3. Beschlüsse, die der verbindlichen Glaubens- und Sittenlehre oder dem allgemeinen oder diözesanen Kirchenrecht widersprechen, können nicht gefasst werden. In Zweifelsfällen entscheidet der Erzbischof.

4. Erklärt der Pfarrer förmlich aufgrund der durch sein Amt gegebenen pastoralen Verantwortung und unter Angabe der Gründe, dass er gegen einen Beschluss stimmen muss, so ist in dieser Sitzung eine Beschlussfassung nicht möglich. Die anstehende Frage ist im Pfarrgemeinderat in angemessener Frist erneut zu beraten. Kommt auch hier eine Einigung nicht zustande, kann der Erzbischof angerufen werden.

§ 13

1. Der Pfarrgemeinderat bildet je nach Bedarf Sachausschüsse oder bestellt Sachbearbeiter, die in ihrer Arbeit jeweils dem Pfarrgemeinderat verantwortlich sind.

2. Die Berufung in einen Sachausschuss oder zur/zum Sachbearbeiterin/Sachbearbeiter setzt die Mitgliedschaft im Pfarrgemeinderat nicht voraus.

3. Die Sachausschüsse wählen sich eine/n Vorsitzende/n aus ihrer Mitte.

4. Die Vorschriften für die Arbeitsweise des Pfarrgemeinderates gelten für die Sachausschüsse sinngemäß.

§ 14

Der Pfarrgemeinderat kann sich und den Organen des Pfarrgemeinderates Geschäftsordnungen geben.

§ 15

Der Pfarrgemeinderat hat mindestens jährlich in einer Pfarrversammlung über seine Arbeit zu berichten.

In dieser Pfarrversammlung werden ferner Fragen des kirchlichen Lebens erörtert sowie Anregungen und Vorschläge aus der Gemeinde für die Arbeit des Pfarrgemeinderates gegeben.

§ 16

1. Während der Sitzung entscheidet die/der Vorsitzende des Pfarrgemeinderates Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der Satzung für diese Sitzung.
2. Bei Weiterbestehen der Meinungsverschiedenheiten über die Sitzung hinaus wird eine Entscheidung durch Anrufen des Vorstandes des Pastoralrates des Erzbistums Berlin herbeigeführt.

§ 17

1. Bei Fortfall der Wählbarkeit nach § 8.3. dieser Satzung oder aus anderen schwerwiegenden Gründen kann die Mitgliedschaft im Pfarrgemeinderat aberkannt werden. Die Aberkennung erfolgt auf Antrag des Pfarrgemeinderates oder des Pfarrers durch den Erzbischof nach Anhörung des Betroffenen.
2. Ist nach Meinung der Mehrheit des Pfarrgemeinderates oder des Pfarrers eine gedeihliche Zusammenarbeit im Pfarrgemeinderat nicht mehr gegeben, kann der Erzbischof angerufen werden. Gelingt es nicht, eine Einigung herbeizuführen, verfügt der Erzbischof die erforderlichen Maßnahmen. Er kann Neuwahlen anordnen.

VI. Zusammenarbeit mit dem Kirchenvorstand

§ 18

1. Beschlüsse des Pfarrgemeinderates, die finanzielle Auswirkungen für die Pfarrei mit sich bringen, sind nur wirksam, wenn der Kirchenvorstand ihnen ausdrücklich zugestimmt hat, da der Kirchenvorstand das Vermögen der Kirchengemeinde verwaltet.
2. Vor allen wichtigen Beschlüssen des Kirchenvorstandes, z. B. bei Grenzveränderungen, Neu- oder Umbau von Kirchen, Pfarrhäusern, Gemeindehäusern, Kindergärten oder anderen Gebäuden, hat der Pfarrgemeinderat nach rechtzeitiger Information seine Stellungnahme abzugeben.

Bei entsprechenden Eingaben an das Erzbischöfliche Ordinariat fügt der Pfarrer dem Kirchenvorstandsbeschluss die Stellungnahme des Pfarrgemeinderates bei.

VII. Schlussbestimmungen

§ 19

1. Diese Satzung wurde von den Pfarrgemeinderäten beraten, vom Bischof genehmigt, mit Wirkung vom 1. Januar 1978 in Kraft gesetzt, durch Beschluss der Vollversammlung des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum Berlin am 16. November 2002 und Genehmigung von Erzbischof Georg Sterzinsky am 14. März 2003 geändert.
2. Durch diese Satzungsänderung verliert die Satzung der Pfarrgemeinderäte in der Fassung vom 01. Oktober 1994, zuletzt geändert am 25. März 1999 (s. Amtsblatt vom 1. Juni 1999), ihre Gültigkeit.

Berlin, den 14. März 2003

+ Georg Kardinal Sterzinsky
Erzbischof von Berlin

Notarius curiae

4. Kleines PGR-Lexikon

Aufgaben:

(§ 5 der PGR-Satzung) Der Pfarrgemeinderat hat den Auftrag in allen Angelegenheiten, welche die Pfarrgemeinde betreffen, mitzuwirken. Im Dialog mit dem Pfarrer kommt auch ihm die Sorge für den Aufbau einer lebendigen Gemeinde zu.

Im Bereich der drei Grunddienste:

Verkündigung (Martyria)

Gottesdienst (Liturgia)

Diakonie

obliegt es dem Pfarrgemeinderat, entsprechend der konkreten Gemeindesituation und der Lebenswirklichkeit der Gemeindeglieder, seine Aufgaben und Schwerpunkte festzusetzen.

Berufung:

Gemäß § 6 der Satzung gehören dem PGR auch durch den Pfarrer berufene Mitglieder an. Dieses sind ein/e von der Pfarrjugend vorzuschlagende/r Vertreter/in der Pfarrjugend sowie bis zu zwei weitere vom Pfarrer berufene Mitglieder. Der Pfarrer muss gemäß Wahlordnung spätestens neun Wochen vor der Wahl mitteilen, ob er von seinem Berufsrecht Gebrauch macht. Ein/e Vertreter/in der Pfarrjugend ist grundsätzlich zu berufen. Sollte sich keine geeignete Person finden, ist die Position als N.N. bei der Ermittlung der Anzahl der zu wählenden Mitglieder zu berücksichtigen..

Beschlüsse:

(§ 12 der PGR-Satzung) Wenn möglich sollen sie in größtmöglicher Übereinstimmung erfolgen. Jedes PGR-Mitglied hat das Recht, Anträge einzubringen. Sofern Beschlüsse nicht der verbindlichen Glaubens- und Sittenlehre der Kirche zuwiderlaufen, kann der PGR zu allen Angelegenheiten Beschlüsse fassen. Aufgabenschwerpunkte für die Arbeit des PGR finden sich in § 5 der Satzung als Orientierung.

Dem Pfarrer steht das Recht zu, Beschlüsse zu verschieben. Die entsprechenden Fragen müssen dann noch einmal behandelt werden. Er kann weder ein bestimmtes Thema verbieten noch die Diskussion beenden. Kommt eine Einigung nicht zustande, kann der Erzbischof (durch den PGR) angerufen werden. Abschließend kann nur der Erzbischof entscheiden.

Beschlussfähigkeit:

(§ 12 der PGR-Satzung) Der PGR ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.

Bistum/Erzbistum (Diözese):

Das Bistum, auch Diözese, genannt, ist die Teilkirche unter einem Bischof, d.h. der Teil des Gottesvolkes, der dem Bischof anvertraut ist. Ursprünglich umfasste ein Bistum die Christen einer Stadt und des dazu gehörenden Gebietes. Das Bistum wird in der Regel nach dem jeweiligen Bischofssitz benannt. In der Regel sind mehrere Bistümer (Diözesen) mit einem Erzbistum (Erzdiözese) zu einer Kirchenprovinz zusammengefasst. Der Erzbischof an der Spitze der Bischöfe einer Kirchenprovinz heißt auch Metropolit.

Jedes Bistum ist auch eine Verwaltungseinheit. Deshalb ist ein Ordinariat vorhanden, in dem Fachleute auf verschiedenen Gebieten für die Bearbeitung von pastoralen, organisatorischen, wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Angelegenheiten zuständig sind. Der Leiter des Ordinariates ist der Generalvikar, der gleichzeitig der Stellvertreter des Bischofs ist.

Dekanat:

Das Gebiet eines Bistums ist in Dekanate gegliedert. Ein Dekanat (von lat. decem = zehn) umfasste früher etwa zehn Gemeinden; im Erzbistum Berlin sind es nach Durchführung der geplanten Gemeindefusionen meistens weniger als zehn Gemeinden.

Dekanatsrat:

Der Dekanatsrat ist der Zusammenschluss von Vertretern/Vertreterinnen aus den Vorständen der Pfarrgemeinderäte im Dekanat, von katholischen Christen aus Gruppen, Verbänden und Arbeitskreisen, die im Sinne des Konzilsdekretes über das Apostolat der Laien überpfarrlich tätig sind, sowie von weiteren Persönlichkeiten aus dem Dekanat. Eine Aufgabe des Dekanatsrates ist es, die Arbeit der Pfarrgemeinderäte im Dekanat unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit anzuregen, zu fördern und aufeinander abzustimmen sowie in Konfliktfällen zu vermitteln.

Diözesanrat:

Der Diözesanrat ist das repräsentative Gremium der katholischen Laien auf Bistumsebene. In ihm sind Vertreter/innen der Dekanate sowie der Gruppen, Verbände und Arbeitskreise, die im Sinne des Konzilsdekretes über das Apostolat der Laien überpfarrlich tätig sind, sowie weitere Persönlichkeiten aus Kirche und Gesellschaft zusammengeschlossen. Der Diözesanrat soll u.a. die Arbeit der Pfarrgemeinderäte anregen und fördern.

Gemeindekirchenrat (GKR):

Das Leitungsgremium der evangelischen Gemeinden ist der Gemeindekirchenrat. Seine Aufgaben entsprechen denen von PGR und Kirchenvorstand zusammen. Der GKR ist das Kontaktgremium für den PGR in den evangelischen Gemeinden.

Geschäftsordnung:

Die Geschäftsordnung regelt das Miteinander im Pfarrgemeinderat und sorgt dafür, dass alle Mitglieder des Pfarrgemeinderates zu ihrem Recht kommen. Eine Geschäftsordnung ist jedoch nicht zwingend vorgeschrieben. § 14 der PGR-Satzung eröffnet jedoch die Möglichkeit dazu: Der Pfarrgemeinderat kann sich und den Organen des Pfarrgemeinderates, also dem Vorstand und den Sachausschüssen, Geschäftsordnungen geben. In einer Geschäftsordnung können z. B. Fragen zu Einladungsfristen, Protokollführung und Öffentlichkeitsarbeit geregelt werden.

Geschlechtergerechtigkeit:

Jeder Pfarrgemeinderat besteht in der Regel aus Frauen und Männern mit ihren je spezifischen Eigenarten. Er bietet damit auch den Raum für das Einüben eines gleichwertigen und partnerschaftlichen Zusammenwirkens der Geschlechter. Dies ist eine Frage der Gerechtigkeit, um die wir uns als Christinnen und Christen bemühen. Dabei geht es um einen Perspektivenwechsel für Männer und Frauen: Die Festlegung der Geschlechter auf bestimmte Bilder und Rollen gilt es zu überwinden.

Gesellschaftliche Verantwortung:

(§ 5 der PGR-Satzung, Nr. 2 und 3): Auch wenn der Schwerpunkt der Aufgaben des PGR (§ 4 und § 5) sich auf das innere Leben der Gemeinde bezieht, so ist jede Gemeinde Teil eines Größeren. Sie ist sowohl ein Teil eines Dekanates als auch des Erzbistums Berlin, zum anderen ist sie auch Teil der Gesellschaft. Daher soll die Gemeinde sich durch den PGR an den Diskussionen und Prozessen sowohl im überpfarrlichen Bereich als auch im kommunalen/gesellschaftlichen Bereich beteiligen.

Glaube:

Glaube ist Begegnung, Gemeinschaft und Freundschaft mit Gott. Die Mitglieder des Pfarrgemeinderates verstehen sich als Gemeinschaft von Glaubenden, die miteinander unterwegs sind. Der Glaube ist das Fundament allen gemeinsamen Überlegens und Handelns. Nur von diesem Fundament her erhält die gemeinsame Arbeit im Pfarrgemeinderat ihren Sinn. Es ist notwendig, dass sich die Mitglieder diesen geistlichen Bezug immer wieder bewusst machen und die Entscheidungen des Pfarrgemeinderates im Licht des Evangeliums reflektieren. Spirituelle Vertiefung in der Gemeinde ist ein wichtiges pastorales Ziel von Pfarrgemeinderatsarbeit. Dazu kann der Pfarrgemeinderat durch eigenes Tun beitragen.

Informationen:

Die Bereitstellung von Informationen ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die ehrenamtlichen Mandatsträger/innen ihren Auftrag im PGR verantwortlich nachkommen können. Hier sind vor allem die hauptamtlichen Mitglieder des PGR gefragt, die in vielen Fällen einen Informationsvorsprung haben. Für eine konstruktive und sachgerechte Beratung und Beschlussfassung ist es unabdingbar, die Mandatsträger/innen auf einen möglichst ebenbürtigen Informationsstand zu bringen.

Darüber hinaus seien den PGR-Mitgliedern folgende Quellen empfohlen:

- Amtsblatt des Erzbistums Berlin
- Kirchenzeitung: Katholische Sonntagszeitung
- „Informationen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, herausgegeben vom Seelsorgeamt

Jahresplanung:

Der PGR sollte die gemeindlichen Aktivitäten im Rahmen einer Jahresplanung strukturieren. Die Planung sollte wichtige Termine des Erzbistums, der Kommune und ökumenischer Partner im Blick haben.

Jugend:

Jugendliche sind die Zukunft der Gemeinde. Sie können ab 16 Jahren als gewähltes Mitglied oder als berufene/r Jugendvertreter/in Mitglied im PGR sein und damit Verantwortung für die Gemeinde übernehmen. Die Jugendvertreter/innen können Kontakte knüpfen, eine Lobby für die Jugendarbeit schaffen und mit ihrer Mitarbeit dazu beitragen, dass eine gute Zusammenarbeit zwischen Jugendlichen und den anderen Gruppen der Gemeinde gelingen kann. Jugendliche können dabei auch die Arbeit des gesamten PGR mit ihrem freien Denken und neuen Ideen inspirieren. Das aktive Wahlrecht zum PGR steht Jugendlichen schon vom 14. Lebensjahr an zu.

Konstituierende Sitzung:

(§ 9 und 10 der PGR-Satzung) Mit der konstituierenden Sitzung, die bis spätestens einen Monat nach der Wahl stattgefunden haben soll, beginnt die Amtszeit des Pfarrgemeinderates. Wichtigster Tagesordnungspunkt ist die Wahl der/des Vorsitzenden des Pfarrgemeinderates und ihrer/seiner beiden Stellvertreter/innen. Bis zur Wahl der/des PGR-Vorsitzenden leitet der Pfarrer die Sitzung.

Konzil:

Ein Konzil ist eine Versammlung von Bischöfen und anderen Theologen zur Erörterung und Entscheidung kirchlicher und theologischer Fragen. Für unsere Zeit von besonderer Bedeutung ist das II. Vatikanische Konzil (1962 bis 1965), das zu tief greifenden Veränderungen in der katholischen Kirche führte. Kennzeichnend sind die liturgische Erneuerung, die ökumenische Öffnung und die Betonung der Rolle des Volkes Gottes.

Liturgie:

Der Begriff Liturgie umfasst alle Formen des Gottesdienstes. Trägerin der Liturgie ist die vor Ort versammelte Gemeinde. Von daher ergibt sich auch die Verantwortung des Pfarrgemeinderates für die Gestaltung der Gemeindeliturgie.

Öffentlichkeit:

Der Vorstand kann die Öffentlichkeit der Sitzung des Pfarrgemeinderates zulassen. Einschränkungen regelt der § 11.3 der PGR-Satzung: Wenn Personalangelegenheiten beraten werden oder wenn in der vorausgegangenen Sitzung ausdrücklich für diesen Tag eine nicht-öffentliche Sitzung beschlossen worden ist, tagt der PGR unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Sitzungen des Vorstandes und der Sachausschüsse sind nach § 11.4 der PGR-Satzung nicht öffentlich.

Ökumene:

Der Ökumenische Kirchentag 2003 in Berlin und das Ökumenische Stadtkirchenfest in Berlin 2006 haben es gezeigt: Christen aller Konfessionen haben den Wunsch nach mehr Gemeinsamkeit im Glauben. Die Ökumene ist eine der Aufgaben des PGR, die im § 5 der Satzung explizit genannt wird. Es gibt viele Möglichkeiten für ökumenische Aktivitäten, z. B. gemeinsame Sitzung von PGR und Gemeindekirchenrat, gemeinsames Agieren in der Kommune, gemeinsame Liturgien, Bibelkreise, ökumenische Partnerschaftsvereinbarung, Bewusstmachung der vorhandenen und vielfältig bewährten ökumenischen Anlässe und Ausbau von deren gemeinsamer Gestaltung (Woche für die Einheit der Christen, Weltgebetstag, Erntedankfest, Woche für das Leben, Friedensdekade, Interkulturelle Woche usw.), ökumenische Gemeinde- oder Stadtteilstefte, ökumenische Gemeindebriefe, Begehen des Pfingstmontags als ökumenischen Feiertag.

Ökumenebeauftragte/r:

Ökumene kann nur funktionieren, wenn sich Menschen dieses Anliegens bewusst annehmen. Aufgrund der zunehmenden Bedeutung der ökumenischen Arbeit sollte daher jeder Pfarrgemeinderat eine/n Ökumenebeauftragte/n bestellen. Sie/Er regt ökumenische Aktivitäten an und koordiniert sie. Zugleich ist sie/er die Kontaktperson für die anderen christlichen Gemeinden (evangelische, freikirchliche, orthodoxe usw.) im Pfarrgebiet und bemüht sich um die Pflege der Beziehungen zu ihnen.

Pastoral:

Die Begriffe „Pastoral“ und „Seelsorge“ sind in der Praxis austauschbar. Beide beziehen sich mit unterschiedlicher Gewichtung auf das ganze Feld kirchlichen Handelns. In Verbindung mit dem Grundauftrag der Kirche, Heilszeichen für die Welt zu sein, umgreift der Ausdruck „Pastoral“ den Auftrag, Gott in der Welt präsent zu machen und den Menschen zu helfen, zur Gemeinschaft mit Christus zu gelangen. Recht verstandene Pastoral dient dem Aufbau einer lebendigen christlichen Gemeinde.

Pastoralrat:

Priester, Ordensleute und Laien bilden unter dem Vorsitz des Erzbischofs den Pastoralrat. Sie wirken ihrer allgemeinen und besonderen Berufung entsprechend durch Beratung des Erzbischofs an der Willensbildung und Entscheidungsfindung in den der gemeinsamen Verantwortung obliegenden Aufgaben des Erzbistums mit. Der Pastoralrat unterstützt den Erzbischof in seinem Leitungsdienst. Zu seinen Aufgaben gehört u.a. die Mitwirkung bei der Festlegung der Schwerpunkte und Richtlinien für die Pastoral, bei der Koordinierung der seelsorglichen Aktivitäten im Erzbistum, bei der Festlegung von Grundsätzen für den Einsatz und für die Weiterbildung der im pastoralen Dienst stehenden Personen sowie bei der Festlegung pastoraler Grundsätze für die Aufstellung des Haushalts.

Protokoll:

Über jede Sitzung des Pfarrgemeinderates ist jeweils ein Schlussprotokoll/Ergebnisprotokoll anzufertigen (s. § 11.5 der PGR-Satzung). Dieses muss die Namen der anwesenden und der fehlenden Mitglieder, die Tagesordnung, die gefassten Beschlüsse im Wortlaut (einschließlich der Abstimmungsergebnisse) und alle zum Zweck der Niederschrift abgegebenen Erklärungen enthalten. Das Protokoll ist im Pfarrarchiv aufzubewahren. Nach § 11.5 der PGR-Satzung ist von der Niederschrift der Sitzungen des Pfarrgemeinderates je eine Ausfertigung zu veröffentlichen, den Mitgliedern zuzustellen sowie dem Dekanatsrat und dem Diözesanrat zuzuleiten.

Satzung:

Für die Kirche als Volk Gottes, als Gemeinschaft ist der Geist Gottes und sein Wirken eine konstitutive Größe; die Charismen, die Geistbegabungen der Einzelnen ergänzen sich in

ihrem Zusammenwirken zu einer Einheit, die die Vielfalt umfängt. Das macht aber im Zusammenwirken Absprachen, Festlegungen, Übereinstimmungen und Regeln keineswegs überflüssig. Kirchliche Gremien unterliegen denselben Gesetzmäßigkeiten wie alle Gremien; so kann es u.U. zu Konflikten und Kompetenzgerangel kommen. Für den Pfarrgemeinderat, Dekanatsrat, Diözesanrat und Pastoralrat sind diese Regeln in entsprechenden Satzungen zusammengefasst. Jedes PGR-Mitglied sollte eine Satzung der Pfarrgemeinderäte im Erzbistum Berlin besitzen. Sie ist oben unter Nr. 3 abgedruckt und kann im Übrigen beim Diözesanrat angefordert werden.

Schwerpunkte:

Kein Pfarrgemeinderat kann alles machen, daher soll er sich wie im § 5 der Satzung genannt Schwerpunkte für sein Handeln setzen. Dabei sollte er jedoch den überpfarrlichen und kommunalen Bereich nicht aus dem Blick verlieren.

Sitzungen:

Mindestens viermal im Jahr trifft sich der PGR zu Sitzungen, Sie werden vom Vorstand vorbereitet und geleitet. Der Vorstand lädt zu den Sitzungen ein. Sobald ein Mitglied des Vorstandes oder 1/3 der stimmberechtigten Mitglieder unter Angabe eines Beratungsgegenstands eine Sitzung wünscht, ist diese unverzüglich anzuberaumen.

Tagesordnung:

Die Satzung des PGR schreibt zwar keine Tagesordnung vor; im Interesse einer besseren Arbeitsfähigkeit des PGR sollte der Vorstand zusammen mit der Einladung eine Tagesordnung an die Mitglieder senden.

Verbände:

Verbände sind freie Initiativen, die sich nicht durch Mandat oder Auftrag des kirchlichen Amtes, sondern aus eigenständiger christlicher Verantwortung von Katholikinnen/Katholiken in Ausübung des Versammlungs- und Koalitionsrechtes konstituiert haben. Katholische Verbände wirken in jeweils von ihnen selbst bestimmten Sach-, Berufs- oder Lebensbereichen. Gleichwohl haben die Verbände teil an der Sendung der Kirche. In den verschiedenen Verbänden kann man gemäß der inhaltlichen Schwerpunktsetzung und entsprechend den persönlichen Interessen andere gleichgesinnte Personen treffen.

Vorstand:

(§ 10 der PGR-Satzung) Den Pfarrgemeinderat leitet ein Vorstand, der aus der/dem Vorsitzenden, zwei Stellvertreterinnen/Stellvertretern und dem Pfarrer besteht. Vom Vorstand werden unter Leitung der/des Vorsitzenden die Sitzungen des Pfarrgemeinderates vorbereitet. Die Sitzungen des Vorstandes sind nicht öffentlich.

ZdK:

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) ist der Zusammenschluss von Vertretern der Diözesanräte und der katholischen Verbände sowie von Institutionen des Laienapostolates und weiteren Persönlichkeiten aus Kirche und Gesellschaft. Entsprechend dem Dekret des II. Vatikanischen Konzils über das Apostolat der Laien (Nr. 26) ist das ZdK das von der Deutschen Bischofskonferenz anerkannte Organ, das die Kräfte des Laienapostolats koordiniert und das die apostolische Tätigkeit der Kirche fördern soll. Die Mitglieder des Zentralkomitees fassen ihre Entschlüsse in eigener Verantwortung und sind dabei von Beschlüssen anderer Gremien unabhängig.

5. Ansprechpartner für Pfarrgemeinderäte

5.1. Der Diözesanrat der Katholiken

Der Diözesanrat ist die Vertretung der katholischen Laien im Erzbistum Berlin. Er ist der Zusammenschluss von Vertreterinnen/Vertretern der Dekanatsräte und katholischer Christen aus Gruppen, Verbänden und Arbeitskreisen, die im Sinne des Konzilsdekretes über das Apostolat der Laien überpfarrlich tätig sind, sowie weiterer Persönlichkeiten aus Kirche, Gesellschaft und Institutionen des Laienapostolats im Erzbistum Berlin.

Der Diözesanrat hat neben vielen anderen Aufgaben satzungsgemäß auch den Auftrag, die Arbeit der Pfarrgemeinderäte anzuregen und zu fördern.

Adresse: Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Berlin
Niederwallstraße 8-9
10117 Berlin

Tel.: (030) 326 84 - 206
Fax: (030) 326 84 - 203
E-Mail: dioezesanrat@erzbistumberlin.de
Internet: www.dioezesanrat-berlin.de

5.2. Das Seelsorgeamt

Das Seelsorgeamt oder Dezernat Seelsorge im Erzbischöflichen Ordinariat Berlin ist zuständig für alle Fragen der Pastoral im Erzbistum Berlin. Der Abteilung Gemeindepastoral im Seelsorgeamt ist ein Referat Räte zugeordnet, das besonders die Dekanatsräte und Pfarrgemeinderäte im Erzbistum unterstützen will.

Vom Seelsorgeamt werden auch die vierteljährlich erscheinenden „Informationen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ herausgegeben, die viele Hilfen für die pastoralen Arbeit in den Pfarrgemeinden enthalten.

Adresse: Erzbischöfliches Ordinariat
Dezernat II - Seelsorge
Postfach 04 04 06
10062 Berlin

Diensträume:
Niederwallstraße 8-9
10117 Berlin

Tel.: (030) 326 84 - 521
Fax: (030) 326 84 - 276
E-Mail: dezernat.seelsorge@erzbistumberlin.de

5.3. Die Gemeindeberatung

Gemeindeberatung ist ein Angebot des Erzbistums, mit Hilfe ausgebildeter Berater/innen die Aufgaben, Probleme und/oder Konflikte in einer Gemeinde anzugehen. Sie ist eine zeitlich klar abgegrenzte Wegbegleitung, bei der die Berater/innen gemeinsam mit den Betroffenen geeignete Schritte der Aufgaben-, Problem- oder Konfliktbewältigung erarbeiten. Gemeindeberatung unterstützt und fördert somit Veränderungen zielgerichtet und individuell.

Pfarrgemeinderäte, aber auch andere Gremien und Gruppen der Gemeinde, können dieses Angebot bei Bedarf in Anspruch nehmen.

Ansprechpersonen: Peter Kloss
Christopher Maaß

Adresse: AG Gemeindeberatung
Peter Kloss / Christopher Maaß
Erzbischöfliches Ordinariat Berlin
Postfach 04 04 06
10062 Berlin

Wichtig: Vermerk „Vertraulich!“

Tel.: (030) 326 84 - 542

5.4. Fortbildungsmöglichkeiten

Katholisches Bildungswerk:

Das Bildungswerk ist Teil des Seelsorgeamtes und unterstützt die Bildungsarbeit in den Gemeinden und Verbänden. Hier kann man Referenten für Klausurtagungen und Fortbildungen erfragen und Beratung einholen.

Ansprechperson: Nikola Banach

Adresse: Katholisches Bildungswerk
Postfach 04 04 06
10062 Berlin

Diensträume:
Niederwallstraße 8-9
10117 Berlin

Tel.: (030) 326 84 - 540

Fax: (030) 326 84 - 276

E-Mail: nikola.banach@erzbistumberlin.de

KAB (Katholische Arbeitnehmer Bewegung, Diözesanverband Berlin):

Die KAB als katholischer Verband bietet für interessierte Gruppen von PGR-Mitgliedern oder ganzen Pfarrgemeinderäten Fortbildungen an.

Inhalt, Dauer und Zeitraum der Fortbildungsmaßnahmen werden individuell mit den Interessierten vereinbart.

Ansprechpersonen: Winfried Kruss, Diözesanvorsitzender
Rudolf Schardin, Rechtsschutzsekretär

Adresse: KAB
Tölzer Str. 25
14199 Berlin

Tel.: (030) 75 70 50 – 26 / -27

Fax: (030) 75 70 50 - 28

E-Mail: mail@kab-berlin.org

kab-berlin@t-online.de

Internet: www.kab-berlin.org

5.5. BDKJ / EAJ

Sowohl die Diözesanstelle des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) als auch das Erzbischöfliche Amt für Jugendseelsorge (EAJ) stehen allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen für die Beantwortung von Fragen und beim Wunsch nach Unterstützung gern zur Verfügung. Sie bilden gemeinsam das Jugendpastorale Zentrum in Berlin-Kreuzberg.

Adressen: BDKJ Berlin
Waldemarstr. 8-10
10999 Berlin

Tel.: (030) 75 69 03-0
Fax: (030) 75 69 03-70
E-Mail: info@bdkj-berlin.de
Internet: www.bdkj-berlin.de

Erzbischöfliches Ordinariat
- Jugendseelsorgeamt -
Postfach 04 04 06
10062 Berlin

Diensträume:
Waldemarstr. 8-10
10999 Berlin

Tel.: (030) 75 69 03-0
Fax: (030) 75 69 03-70

E-Mail: eaj@erzbistumberlin.de

5.6. Ökumenischer Rat Berlin-Brandenburg (ÖRBB) und Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Mecklenburg- Vorpommern

Dem Ökumenischen Rat Berlin-Brandenburg gehören fast alle in Berlin und Brandenburg vertretenen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften an (gegenwärtig 28). Seine Aufgabe besteht u. a. darin, die ökumenische Zusammenarbeit der Mitglieder zu koordinieren und das gegenseitige Verständnis der Konfessionen zu fördern. Er ist Ansprechpartner in allen ökumenischen Fragen.

Adresse: Geschäftsstelle des Ökumenischen Rates Berlin-Brandenburg
Gierkeplatz 2-4
10585 Berlin
Tel.: (030) 342 10 00
Fax: (030) 342 10 11
E-Mail: post@oerbb.de

Für die Region Vorpommern übernimmt die o. g. Aufgaben die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Mecklenburg-Vorpommern.

Adresse: Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Mecklenburg-Vorpommern
ACK (M-V) - Vorstand
Pastor Hartmuth Reinicke
Speckstr.14
17217 Penzlin
Tel.: (03962) 210798
Fax: (03962) 257860
E-Mail: Sozialstation-Penzlin@t-online.de
Internet: www.kirche-mv.de/ACK-MV.ack.0.html

„Wie packen wir's an?“

Die Startphase gestalten

10 Fragen zur Gemeindesituation

A: Analyse der Situation

1. Wie gestaltet unsere Gemeinde den Bereich *Verkündigung*?
(Themen, Schwerpunkte, Konzepte, Formen der Beteiligung, „Echo“ in der Gemeinde“, etc.)
2. Wie gestaltet unsere Gemeinde den Bereich *Liturgie*?
(Formen, Gestaltung, Mitwirkung/Beteiligung, „Echo“ in der Gemeinde, etc.)
3. Wie gestaltet unsere Gemeinde den Bereich *Diakonie*?
(Formen sozialer Hilfe, besondere soziale Probleme, soziales „Klima“, etc.)
4. Wie gestaltet unsere Gemeinde den Bereich *Gemeindeaufbau*?
(Treffpunkte, Anlässe, um Gemeinschaft zu erleben, Zusammengehörigkeitsgefühl, Kommunikationsfluss)
5. Wie gestaltet unsere Gemeinde ihre Beziehungen nach *Außen*?
(Kontakte zur politischen Gemeinde, zur Ökumene, innerhalb des pastoralen Raums)
6. Welchen *Ruf* hat unsere Gemeinde? Was sagen andere über unsere Gemeinde?

B: Unsere Bewertung

7. Was sind unsere Stärken, besten Eigenschaften, Fähigkeiten, Ressourcen?
8. Was sind unsere Schwächen, blinden Flecken?

C: Für die Zukunft

9. Welche Aufgaben kommen in Zukunft auf uns zu? Wo haben wir Klärungs- bzw. Handlungsbedarf?
10. Was ist in 4 Jahren in unserer Gemeinde anders?